

# Keiner darf verloren gehen

## Unser bildungspolitisches Konzept

10 Gründe für eine neue Bildungskultur in Bayern

10 Schritte auf dem Weg zu einer neuen Bildungskultur in Bayern

Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport der SPD-Landtagsfraktion

Hans-Ulrich Pfaffmann, MdL

Karin Pranghofer, MdL

Angelika Weikert, MdL

Dr. Linus Förster, MdL

Reinhold Strobl, MdL

Marianne Schieder, MdB

München, Februar 2008

Redaktion: Annette Voß, Karl Dörr

## Vorwort

Bildung muss das Ziel haben „die Menschen zu stärken und die Sachen zu klären“, formulierte Hartmut von Hentig vor über 30 Jahren. Diesem Ziel näher zu kommen und alle Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, sind hohe Ansprüche und wichtige Ziele für zukunftsorientierte Bildungspolitik. Wie sieht die Wirklichkeit in Bayern aus? Die Lehrer und Lehrerinnen bemühen sich redlich, manche mit mehr, manche mit etwas weniger Engagement, die Kinder auf das Leben vorzubereiten und einen guten Unterricht zu gestalten.

Die Rahmenbedingungen, die sie in den Schulen vorfinden, sind oft miserabel. Das bayerische Bildungs- und Schulwesen ist chronisch unterfinanziert mit der Folge, dass zu viel Unterricht ausfällt, die Klassen zu groß sind, es zu wenig Zeit für einen kreativen Unterricht gibt oder gar für individuelle Förderung der einzelnen Kinder, die Arbeitsbelastung für Lehrerinnen und Lehrer seit Jahren deutlich ansteigt.

Auch in pädagogischer Hinsicht gibt es enorme Defizite. Kinder, die dem Unterricht nicht folgen können, bleiben sitzen oder müssen in eine niedrigere Schulform „absteigen“. Hartmut von Hentig hat Recht wenn er sagt, dass Leistung nicht „herbeikommandiert“ werden kann. In Bayerns Schulen wird zu wenig individuell gefördert, zu früh und zu oft selektiert, die Kinder auf eine Schulaufgabe punktgenau hingetrimmt, anstatt Zusammenhänge zu erklären und zu erarbeiten. Vor allem das wichtige pädagogische Ziel, die Kinder und jungen Leute auf das Leben vorzubereiten, bleibt oftmals auf der Strecke.

Und die bayerische Schule hat keine Zeit. Zeit aber ist die Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Kinder, für Lernen und Üben. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen Zeit, um einen kreativen und guten Unterricht zu gestalten. Zeit zum Lernen allerdings gibt es in den bayerischen Schulen am wenigsten. Das führt dazu, dass die bayerische Schule die Familien immer stärker belastet und oft überfordert, indem sie den Unterricht in die Elternhäuser verlagert. Wer in der Schule nicht mitkommt, muss den umfangreichen Lehrstoff halt zu Hause „verstehen lernen“.

In Bayern hängt eine gute Ausbildung der Kinder immer mehr „vom Geldbeutel der Eltern“ ab. Die Kosten für den Schulbesuch steigen kontinuierlich. Eltern können sich oftmals eine gute Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr leisten. Jedermann weiß doch mittlerweile, dass eine gute Ausbildung vor, in und nach der Schule die Grundlage der Berufs- und Lebenskarriere ist.

Jedermann weiß, dass ohne einen guten Schulabschluss die jungen Menschen auf dem ohnehin verengten Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben. Aus Bildungsarmut wird soziale Armut – ein ausbruchssicheres Gefängnis nahezu.

Also, die Politik ist gefragt. Mit dem vorgelegten bildungspolitischen Konzept der SPD-Landtagsfraktion „Keiner darf verloren gehen“ verfolgen wir zwei Ziele. Zum einen werden Lösungsvorschläge für die drängendsten Probleme und Defizite im derzeit gültigen bayerischen Schulsystem aufgezeigt, sozusagen als schulpolitische Sofortmaßnahmen. Zum anderen möchten wir mit unserem bildungspolitischen Konzept eine reformerische bildungspolitische Diskussion anstoßen, an deren Ende eine große Schul- und Bildungsreform stehen kann.

Wir hoffen auf die Unterstützung vieler und freuen uns auf die Diskussion!

## 10 Gründe für eine neue Bildungskultur in Bayern

### Grund 1:

#### Leistungs- und Auslesedruck verhindern eine individuelle Förderung der Schüler

Im Vergleich zu anderen Bundesländern und vor allem auch zu Ländern mit PISA- Spitzenplätzen schöpft Bayern nach wie vor seine Bildungsreserven mit ca. 21% Abiturienten, 46% Schulabgängern mit mittleren Bildungsabschlüssen und 20% Hauptschulabsolventen mit qualifizierendem Abschluss nur sehr ungenügend aus.

### Abschlüsse

- Insgesamt verlassen immer noch viel zu viele bayerischen Schüler/-innen die Schule ohne Abschluss. In manchen Landkreisen verlassen bis zu 23% die Schule ohne Abschluss. Insgesamt erreichen 36,2% einen Hauptschulabschluss. 45,8% haben einen mittleren Abschluss. 12,5% erhalten die Fachhochschulreife und 21,4% die Hochschulreife.
- Auch die Anzahl der Schulabgänger mit Hochschulreife (Fachhochschule und Allgemeine Hochschulreife) stagniert. 1991: 25,0%, 2000: 29,8%, 2001: 29,4%, 2003: 31%, 2005: 30,3%, 2006: 33,9%.
- Die regionalen Unterschiede sind nach wie vor sehr deutlich: Oberbayern: 32,5%, Niederbayern: 25,6%.
- Trotz des kontinuierlichen Anwachsens der Zahlen der Schüler/-innen, die den mittleren Schulabschluss erreichen, bleiben die regionalen Unterschiede deutlich: Niederbayern: 50,2%, Mittelfranken: 44,5%.

In Gutachten der OECD und den PISA-Auswertungen wird für die Industrieländer eine Abiturientenquote von 50 % gefordert! In Finnland verlassen mehr als 55% eines Jahrgangs die Schule mit dem Abitur.

### Abiturientenquote in Bayern landesweit (seit 1998 stagnierend bis rückläufig):

1965: 6,5 %, 1998: 19,0%, 1999: 19,4%, 2000: 19,6%, 2001: 18,7%, 2003: 18,9%, 2005: 18,9% (wie schon 1998!), 2006: 21,4%.

### Übertritte von der Grundschule zum Gymnasium in Bayern (insgesamt seit 1990/91 stagnierend bis rückläufig).

1963/64: 15,0%, 1990/91: 36,6%, 2001/02: 34,4%, 2002/03: 34,6%, 2004/05: 34,9%, 2005/06: 36,7%.

Quelle: Schule und Bildung in Bayern 2007, Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann vom 19.06.2007.

### **Abbrecherzahlen**

Immer mehr Schülerinnen und Schüler machen in der Schulart, in der sie in der 5. Klasse gestartet sind, nicht ihren Abschluss. Vor allem am Gymnasium und an der Realschule ist das ersichtlich.

Von 41.322 Schülern die im Schuljahr 2006/07 das Gymnasium verlassen haben, haben 12.999 Schüler das Abitur nicht erreicht, sondern sind an andere Schularten gewechselt. An den Realschulen verließen im Schuljahr 2006/07 12.357 Schüler (von 230.518) die Schule, ohne dort einen Abschluss gemacht zu haben.

Quelle: Bildungsberichterstattung 2006, Schule und Bildung in Bayern 2007.

### **Sitzenbleiber**

2006 besuchten 771.414 Schülerinnen und Schüler in Bayern eine Volksschule (GS: 506.722, HS: 264.692)

davon mussten 18.071 Schüler/-innen die Klasse wiederholen (= 2,34 Prozent)

230.518 Schüler besuchten 2006 eine Realschule

davon mussten 18.966 Schüler/-innen die Klasse wiederholen (= 8,23 Prozent)

364.081 Schüler besuchten 2006 ein Gymnasium

davon mussten etwa 12.193 Schüler/-innen die Klasse wiederholen (3,35 Prozent)

Die regionalen Nichtversetzungsraten weisen erhebliche Unterschiede auf:

|                                  |                   |
|----------------------------------|-------------------|
| Grundschule: LK Starnberg: 0,1%  | SK Fürth: 2,7%    |
| Hauptschule: LK Miesbach: 0,9%   | SK Hof: 6,5%      |
| Realschule: LK Schweinfurt: 1,7% | SK Hof: 16,4%     |
| Gymnasium: LK Passau: 3,1%       | LK Augsburg: 7,8% |

Insgesamt fielen 2006/2007 in Bayern in diesen Schulen ca. 49.230 Schülerinnen und Schüler durch.

Setzt man durchschnittliche Aufwendungen von 4.500 Euro pro Schüler und Jahr an, so kostet das Sitzenbleiben in Bayern rund 222 Mio. Euro im Jahr. Geld, das in Fördermaßnahmen für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler mit Sicherheit besser angelegt wäre.

Quelle: Schule und Bildung in Bayern 2007 (Veröffentlichung des Kultusministeriums), Bildungsberichterstattung 2006 und Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann vom 20.06.2007.

### **Grund 2:**

Die Zahl der Klassen mit über 30 Schülern hat sich in den letzten Jahren verdreifacht

Im Schuljahr 2004/05 besuchten rund 160.000 Schülerinnen und Schüler eine Klasse mit über 30 Personen.

1988/89 gab es knapp 2.000 Klassen über 30. 2006/07 gab es 5.754 Klassen über 30. Das ist eine Steigerung um 188 Prozent.

Grund- und Hauptschulen: 1988/89: 745 Klassen über 30, 2006/07: 180 Klassen über 30.

Realschulen: 1988/89: 271 Klassen über 30, 2006/07: 2.655 Klassen über 30 Schülerinnen und Schüler.

Gymnasien: 1988/89: 903 Klassen über 30, 2006/07: 3.222 Klassen über 30 Schülerinnen und Schüler.

Bayern verfügt damit unter allen Bundesländern über die höchsten Schülerzahlen in den Klassen.

Quelle: BLLV Bayern, Schule und Bildung in Bayern 2007, Antwort der Staatsregierung auf Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Simone Tolle vom 17.10.2007.

Die Durchschnittsklassenstärken in Gymnasien und Realschulen sind massiv gestiegen. Realschule: 28,8 Schüler/-innen, Gymnasium: 27,86 Schüler/-innen, die Höchststärken liegen bei bis zu 41 Schüler/-innen.

Quelle: Bay. Realschullehrerverband ( im Interview mit dem MM, Nr. 181); sowie: Bildungsberichterstattung 2006; sowie: Pressevorlage Kultusministerium vom 10.9.2007.

- Im Schnitt fehlen aktuell an jedem der 300 staatlichen Gymnasien in Bayern 2 Vollzeit-Lehrkräfte.
- Es herrscht zum Teil ein extremer Mangel an Fach-Lehrkräften (Mathematik, Physik, Sprachen).
- Gleichzeitig haben rund 2.500 fertig ausgebildete Junglehrer keinerlei Jobangebot erhalten, stehen „auf der Straße“.

Quelle: Presseveröffentlichungen; AG Bayerischer Junglehrer

### Grund 3:

#### **Bildungsgerechtigkeit und soziale Herkunft prägen die gesamte Schulkarriere**

"Deutschland und die Schweiz gehören zu den Ländern mit den größten Unterschieden in der Lesekompetenz von Jugendlichen aus höheren und niedrigeren sozialen Schichten. Die Differenz beträgt in Deutschland mehr als eineinhalb Kompetenzstufen oder 1,2 Standardabweichungen."

(Quelle: Baumert, Klieme, Neubrand: Pisa, Schülerleistungen im internationalen Vergleich, im Auftrag der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland, S.40)

Zum Problem der geringen Bildungsbeteiligung in Bayern kommen erschwerend die regionale Unterschiede bei den Zugängen zu den weiterführenden Schulen und zu den erreichten Abschlüssen (z.B. Hochschulreife: Differenz zwischen Ober- und Niederbayern = 9,9 Prozentpunkte).

Diese Unterschiede sind in den letzten 40 Jahren nur wenig verändert worden. Grundsätzlich haben Regionen mit niedriger Abiturientenquote einen recht hohen Realschüler/innen-Anteil. Neben den Ausbildungs- und Arbeitsplatzkapazitäten der Wirtschaft, die offensichtlich den Bildungswillen der Region beeinflusst, spielt immer noch die Erreichbarkeit der weiterführenden Schulen eine große Rolle bei der Wahl des Bildungsganges.

#### Versorgung der Bezirke mit Realschulen

(jeweils beste und schlechteste Ergebnisse)

|         |               |                             |   |
|---------|---------------|-----------------------------|---|
| 1963/64 | Mittelfranken | 74.455 Einwohner pro Schule |   |
|         | Schwaben      | 29.247                      | “ |
| 2006/07 | Mittelfranken | 43.913                      | “ |
|         | Niederbayern  | 29.118                      | “ |

#### Versorgung der Bezirke mit Gymnasien

|         |              |                             |   |
|---------|--------------|-----------------------------|---|
| 1963/64 | Unterfranken | 29.653 Einwohner pro Schule |   |
|         | Oberfranken  | 35.328                      | “ |
| 2006/07 | Oberbayern   | 28.152                      | “ |
|         | Oberpfalz    | 33.998                      | “ |

Quelle: Schule und Bildung in Bayern 2007.

#### Übertritte nach der 4. und 5. Klasse zum Gymnasium nach Regionen

Die höchst unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten an weiterführenden Schulen (Gymnasium) werden hier besonders deutlich.

|             |       |                     |       |
|-------------|-------|---------------------|-------|
| SK Erlangen | 51,3% | LK Rottal-Inn       | 21,0% |
| LK München  | 50,0% | LK Freyung-Grafenau | 22,4% |
| Starnberg   | 48,2% | LK Schwandorf       | 22,6% |
| SK München  | 47,3% | LK Cham             | 23,3% |

#### Ausnutzung der Übertrittsoption nach Noten

Die veröffentlichten Zahlen zeigen deutlich, dass die Übertrittsoption an das Gymnasium in Abhängigkeit von den Noten schichtenspezifisch ausgeschöpft wird. Bei Kindern von Freiberuflern liegt die Ausschöpfung der Übertrittsoption bei 90,6%, bei Beamtenkindern beträgt sie 77,6%, bei Kindern von Handel- und Gewerbetreibenden 63,3%, bei Angestelltenkindern 61,0% und bei Bauernkindern nur 27,1%. Es ist somit nach wie vor von einem durchaus beachtlichen, brachliegenden Bildungspotential vor allem bei den Arbeiter- und den Landwirtskindern auszugehen.

Quelle: Bildungsberichterstattung 2006.

#### Privatschulboom

Darüber hinaus steigt die Zahl der Privatschulen (in Deutschland) von 2.000 bzw. 4,5% aller Schulen (1992) auf 4.700 bzw. 7,9% (2006/07) in den letzten Jahren stetig. Immer mehr Eltern „flüchten“ aus dem öffentlichen Bildungssystem. Die Kosten hierfür betra-

gen pro Kind und Monat z.B. in München zwischen ca. 470 Euro (halbtags) und 620 Euro (ganztags). (Quelle: Bundesverband deutscher Privatschulen e.V.)

#### Grund 4:

#### Das zentralisierte Schulwesen verhindert eigenständige Schulkonzepte vor Ort

In den Schulen wird nahezu alles von oben - vom Kultusministerium in München aus direkt oder über den verlängerten Arm der Regierungen - verordnet, nahezu alles bedarf der Genehmigung. Daran haben die "Innere Schulentwicklung", all die Modellversuche und auch die Modus 21 Konzeption nicht wirklich grundlegendes geändert. Es wird zwar viel erprobt, jedoch wenig davon kommt vor Ort an und verbessert dort die Situation, weil weder die dazu nötigen Freiräume geschaffen, noch die nötigen Finanz- und Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das äußerst knapp bemessene Personalbudget lässt den Schulen vor Ort keinen Spielraum für eigenständige Konzepte und die Reaktion auf konkrete Probleme und Bedürfnisse vor Ort. Es fehlt das Vertrauen in die Schulen und der Mut, dort eigenständige Ansätze zuzulassen, um konkrete Lösungen vor Ort zu finden und umsetzen zu können.

Dies haben auch unabhängige Untersuchungen belegt:

- Das zentrale Schulmanagement ist stark zersplittert. Dies gilt für die Zwischenebenen (Schulämter) ebenso wie für das zentrale Ministerium. Dadurch entsteht ein erhöhter Koordinationsaufwand, der nicht mehr zeitgemäß ist und leicht gestrichen werden kann.
- Das gesamte Schulmanagement in Bayern ist auf Kontrolle nach unten angelegt. Notwendig wäre aber eine stärkere Ausrichtung auf Beratung und die Übertragung von Zuständigkeiten an die Schulen im Sinne von mehr Eigenverantwortung und größerer Selbständigkeit, sowohl im pädagogischer als auch verwaltungstechnischer Hinsicht.
- Das zentralistische, auf Kontrolle angelegte bayerische Schulmanagement, bindet erhebliche Kapazitäten im administrativen Bereich, die somit für pädagogische Tätigkeiten verloren gehen. Notwendig sind aber z.B. eine Stärkung des Qualitätssicherungsmanagements und die Schaffung pädagogischer und verwaltungs-technischer Controlling- (nicht Kontrolle!) Systeme.
- Das Schulmanagement in Bayern ist zu groß, zu teuer und entspricht nicht der modernen Schulentwicklung. Zu fordern ist deshalb der Rückbau der zentralen Schulverwaltung und der mittelzentralen Schulverwaltung

Quelle: Roland Berger & Partner, Untersuchung der Bayerischen Schulverwaltung

Die Schulen, deren Schulleiter und die dort tätigen Lehrerinnen und Lehrer hingegen kennen die Situation vor Ort am besten und wissen daher meist ziemlich genau, was getan werden müsste, um eine befriedigende Lösung zu finden.

Schon jetzt allerdings gilt, dass es in unzähligen Schulen Bayerns durch die Tatkraft und das Verantwortungsbewusstsein des örtlichen Schulmanagements immer wieder gelingt, dem unbegründbaren, überkommenen Zentralismus der staatlichen Schulverwaltung zum Trotz moderne, kindgerechte Schule zu organisieren und zu leben. Die Erfahrungen dieser Schulleitungen und ihrer Kollegien müssen in die Reform einfließen. Da die Problemlage überall verschieden ist, können und müssen sich auch die Lösungen unterscheiden.

#### Grund 5:

#### **Bildung ist mehr als Schule. Lebenslanges Lernen wird immer wichtiger**

“Lernen” als Werkzeug zur Erlangung von Bildung findet seine Anwendung nicht nur an der Schule, der Lehrstätte oder an den Hochschulen. Als multifunktionales Werkzeug kann es in vielen Lebenslagen und Lebensphasen zum Einsatz gebracht werden. Folglich endet der Einsatz des “Bildungswerkzeugs Lernen” nicht mit dem Schulabschluss, einer erfolgreichen Berufsausbildung oder dem abgeschlossenen Studium. Vielmehr bilden die genannten Bildungsziele lediglich den markanten Abschluss einer Lernphase, der sich zwangsläufig die nächste Lernphase anschließt. Daher ist auch nicht alleine die Schule als Bildungsort anzusehen, sondern darüber hinaus auch im “Freizeitleben”. Im Kinder- und Jugendalter bietet hierbei vor allem die offene und verbandliche Jugendarbeit einen bedeutenden Ort zur Erlangung sozialer Kompetenzen. Gemeinschaftssinn, Teamfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein sind wesentliche Qualifikationen, die hier erlebt, ausprobiert und erlernt werden.

Lebenslanges Lernen heißt das Schlüsselwort, wenn man auf dem Arbeitsmarkt mithalten, einen Beruf- oder Schulabschluss nachholen oder sich einfach nur weiterbilden will.”

Quelle: Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Die Wahrscheinlichkeit, in und mit dem Beruf, den man als Jugendlicher erlernt hat, alt zu werden, ist heute nur noch gering. Die Prognosen der Arbeitsmarktforscher gehen eher davon aus, dass man in Zukunft durchschnittlich vier bis fünf mal seinen Beruf wechseln muss, wenn man immer konsequent auf die Angebote des Arbeitsmarktes eingehen will. Diese Veränderungen der Arbeitsbiographien mit vielfachen Wechseln der Arbeitsstellen, der Wunsch oder die Notwendigkeit des Wiedereinstiegs in das Berufsleben des zweiten Elternteils nach der Erziehungszeit oder die Integration von Zuwanderern nach Deutschland sind nur einige Punkte die aufzeigen, dass “Lebenslanges Lernen” wichtiger geworden ist und an Bedeutung noch gewinnen wird.

Der Weiterbildungsbereich ist inzwischen auch in Bayern der größte Bildungssektor. In Bayern haben im Jahr 2005 5,347 Millionen Bürgerinnen und Bürger (zum Vergleich Schülerzahlen aller Schulen im Schuljahr 2006/07: 1,47 Mio.) an rund 265.406 Veranstaltungen der Erwachsenenbildungsträger teilgenommen. Das ist ein Teilnehmeranstieg gegenüber dem Jahr 1976 um mehr als 40 Prozent.

Quelle: Schule und Bildung in Bayern 2007 (Kultusministerium)

Der Blick in den Haushalt verdeutlicht, dass im Bildungssystem Bayern diesem Umstand nicht Rechnung getragen wird.

Dem gestiegenen Bildungsinteresse in der Erwachsenenbildung stehen rückläufige Mittel aus dem Staatshaushalt gegenüber:

Ausgabenanteil der Erwachsenenbildung an den Gesamtausgaben für Unterricht und

|         |      |      |
|---------|------|------|
| Kultus: | 1997 | 0,6% |
|         | 2006 | 0,3% |

Quelle: Bayerischer Staatshaushalt

Die Folge: Teilnehmer müssen immer mehr Eigenbeteiligung erbringen.

Beispiel: VHS Bayern zur Finanzierung der Angebote

|                    |      |                 |      |
|--------------------|------|-----------------|------|
| Teilnehmerentgelte | 50 % | Anteil Kommunen | 30 % |
| Bund und EU        | 13 % | Land Bayern     | 8 %  |

Dabei hat Bayern einen spezifisch bayerischen Weiterbildungsbedarf.

Bayern hat im Vergleich zu anderen Bundesländern bei allen Schülerinnen und Schülern der 8. Klassenstufe den höchsten Anteil von Hauptschülern. Die Weiterbildungsberichte der Bundesregierung weisen auf erhebliche Disparitäten in der Bildungsbeteiligung hin. Je höher der Ausbildungsstand, desto größer in der Regel die Bildungsbereitschaft und das finanzielle Leistungsvermögen. Da die formale Schulqualifikation entscheidend für eine spätere Weiterbildungsteilnahme ist, ist es in Bayern besonders wichtig, bildungsfernere Personengruppen zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen anzusprechen. In Bayern arbeiten die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit Betriebsgrößen von 1-9 Beschäftigten. Je kleiner der Betrieb, desto geringer die Zahl der Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen, bzw. innerbetrieblichen Fortbildungsangeboten. In Bayern gibt es deutliche regionale Unterschiede bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten. Dies ist u.a. auf eine unterschiedliche Angebotsstruktur in den Regionen zurückzuführen.

Quelle: Schule und Bildung in Bayern

## Grund 6:

### Frühkindliche Bildung wird in Bayern vernachlässigt

Bayern ist im bundesweiten Vergleich Schlusslicht bei flächendeckenden Kindertagesangeboten für alle notwendigen Altersgruppen. Zwar ist es in den letzten Jahren gelungen, die Bedarfsdeckungsquote bei den Kindergärten für Kinder von 3 bis 6 Jahren auf derzeit ordentliche 100%, zu erhöhen, in den Krippen allerdings stehen nur 2,3% der Kin-

der Plätze zur Verfügung und in den Horten ist lediglich für 3,4% der Kinder Platz. Viele Kindergärten bieten keine Ganztagsbetreuung an.  
(Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik)

Die PISA-Studien zur Grundschule zeigen, dass gerade die frühe Förderung von Kindern eine wichtige Grundlage für schulischen und beruflichen Erfolg ist. Überdies zeigen die Ergebnisse der medizinischen und pädagogischen Forschung schon seit Jahren, dass Kinder weit früher als nach der heute gängigen Einschulung mit frühestens sechs Jahren schon weit bessere Lernerfolge haben können als bisher angenommen.

Mit individueller Förderung kann im kindlichen Alter schnell und effektiv begonnen werden. Dafür bedarf es in Bayern eines verbindlichen Bildungs- und Erziehungsplan, der im Augenblick noch fehlt.

Überdies ist eine umfassende Kinderbetreuung unverzichtbar für die Erwerbsbeteiligung und damit auch die moderne Lebensplanung von Müttern. 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter mit Kindern bis zu 12 Jahren wünschen die Aufnahme von Erwerbsarbeit; diesen Wünschen steht ein unzureichendes Angebot an Plätzen für die Kinder entgegen.

(Weitere Daten dazu: "Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland"; Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Juni 2002; PD Dr. Felix Büchel (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin) und Dr. C. Katharina Spieß (DIW Berlin))

#### **Grund 7:**

#### **Bildung wird immer stärker vom Geldbeutel der Eltern abhängig**

Durch die Einführung des Büchergeldes ist die Lernmittelfreiheit in Bayern faktisch abgeschafft. Mit 40,- Euro pro Schüler an weiterführenden Schulen und 20,- Euro für die Grundschulen werden die Familien zusätzlich belastet. Eltern zahlen Arbeitshefte, Schnellhefter, Formelsammlungen, Zirkel, Kopiergeld, Taschenrechner, Atlanten, Sportkleidung, schulische Veranstaltungen, Schullandheim, Mittagsbetreuung, Schulwegkosten, Mittagessen, usw. ohnehin schon selbst. Der Bay. Elternverband beziffert diese bereits jetzt bestehenden Kosten auf rund 850 Euro – 1000 Euro pro Schüler im Jahr.

#### **Nachhilfe hat Konjunktur**

Eltern geben immer mehr und immer früher Geld für individuelle Förderung aus. Die von Prof. Klaus Klemm von der Universität Essen erarbeiteten Zahlen für ganz Deutschland aus dem Ende der 90er Jahre (15 Millionen Euro pro Woche) sind weiter gestiegen. 2002 nahmen schon 15% aller Hauptschüler Nachhilfe, 2006 schon über ein Viertel (26%). Auch in Realschule (21%) und Gymnasium (22%) benötigt ein Fünftel aller Schüler Nachhilfe. In der 9. Klasse nimmt sogar jede/r Dritte Schüler/in Nachhilfe. Damit hängt Bildungserfolg vom Geldbeutel der Eltern ab.

(Quellen: Prof. Mathias Albert, Shell Jugendstudie 2006, DIW-Studie „Nachhilfe als Strategie zur Verwirklichung von Bildungszielen“ und Umfrage von Infratest für Focus Schule)

#### **Grund 8: Schulfinanzierung belastet die Kommunen immer mehr**

Die Kommunen in Bayern zahlen für eigene Schulen jährlich mehr als 290 Mio. Euro an Personalkosten, weil der Freistaat weniger als 50 Prozent der tatsächlichen Lehrpersonalkosten übernimmt.

(Quelle: Schul- und Kultusreferat der LH München; sowie Bay. Städtetag, 2002; sowie Haushaltsplan 2007/08)

Der Freistaat ist nicht bereit, sich bei der Finanzierung dringend notwendiger Maßnahmen wie der Schulsozialarbeit, der Eröffnung von Praxisklassen oder auch der Schulbau- sanierung weiter zu helfen.

Die zu wenigen und inhaltlich häufig schlechten Ganztagsangebote sind in Bayern vor allem durch die finanzielle Förderung der Bundesregierung und die Trägerschaft der Kommunen möglich geworden. Der Freistaat Bayern kommt seinen Verpflichtungen im Rahmen der Konnexität zum Beispiel bei der Ko-Finanzierung der mit IZBB-Mitteln geförderten Gymnasien nicht nach, so dass für die Kommunen die Baukosten stark ansteigen.

#### **Grund 9: Der Anteil der bayerischen Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagniert seit 20 Jahren**

1987 gab Bayern 1,97 Prozent seines BIP für Bildung (Epl. 05, Unterricht und Kultus) aus. 2006 waren es immer noch nur 1,99 Prozent des BIP.

Der Durchschnitt aller Bundesländer liegt bei 2,3 Prozent, einzelne Bundesländer liegen deutlich darüber (Rheinland-Pfalz: 2,4%, Neue Länder: 3,7%)

Im internationalen Vergleich (z.B. der OECD) liegen die Bildungsausgaben anderer Industriestaaten zwischen fünf und sechs Prozent des BIP (alle öffentlichen und privaten Ausgaben). Die Bildungsausgaben gemessen am BIP sind in allen OECD-, sowie den PISA-Sieger-Ländern massiv gestiegen.

Lägen die staatlichen bayerischen Bildungsausgaben wenigstens im Durchschnitt der Bundesländer (2,3%), gäbe es bereits 1,1 Mrd. Euro mehr für Bildung in Bayern. (Quelle: Bayerischer Staatshaushalt, Schule und Bildung in Bayern (Veröffentlichung des Kultusministeriums), sowie Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie in Köln im Auftrag der GEW)

- Die Ausgaben für Primar- und Sekundarschulen liegen im Durchschnitt aller OECD-Länder bei 3,47 Prozent des BIP. Diese Ausgaben liegen in Deutschland im Schnitt bei 2,79 Prozent.
- Freistaat und Kommunen in Bayern geben zusammen nach Angaben des Kultusministeriums 2003 2,23 Prozent des BIP für Bildung aus. Der Freistaat allein investiert rund 1,63 Prozent des BIP in Bildung; das bedeutet, die Kommunen stützen massiv die Bildung in Bayern.
- Die Ausgaben für die Grundschulen liegen im Schnitt der OECD-Staaten bei 4500 Euro pro Schüler und Jahr. Die Ausgaben für Grundschüler in Deutschland insgesamt liegen bei 4000 Euro pro Schüler in Jahr. In Bayern liegen diese Ausgaben bei lediglich 3800 Euro pro Schüler und Jahr; zum Vergleich: Österreich: 6890 Euro!
- Die Ausgaben für Sekundarschulen (z.B. Haupt-, Realschulen und Gymnasien ohne Oberstufe) im OECD-Schnitt betragen 5800 Euro pro Schüler und Jahr. Diese Ausgaben in Deutschland insgesamt liegen bei 5270 Euro pro Schüler / Jahr.
- In Bayern erhalten die Gymnasien 4900 Euro, die Realschulen 3700 Euro, die Hauptschulen 3800 Euro pro Schüler und Jahr. Zum Vergleich: Österreich investiert in seine Hauptschüler 2,3mal mehr Geld (8700 Euro) als Bayern.

Quelle: BLLV und Schule und Bildung in Bayern 2005, OECD Bildung auf einen Blick 2007.

#### Grund 10:

#### Europa und die Globalisierung machen eine optimale Ausbildung immer wichtiger

Die Zahl von Arbeitsplätzen mit niedriger Qualifikationsstruktur wird zugunsten derer für Hochqualifizierte weiter drastisch zurückgehen (v.a. auch als Folge von Jobverlagerung in Billiglohnländer)

Um in Deutschland Wachstum, hohe Löhne und allgemeinen Wohlstand zu garantieren, müssen wir mehr denn je "das Land der Köpfe" werden, deshalb sind höhere Investitionen in Bildung und Forschung dringend erforderlich, denn:

- Das Gros der Beschäftigten hat heute eine niedrige oder mittlere Qualifikation, nur 13 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (2005). Gerade im internationalen Vergleich ist das viel zu wenig. Der mittlere Bildungsabschluss wird Standard.
- Bei den Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung liegt Deutschland im internationalen Vergleich nur im unteren Mittelfeld.
- Folge ist ein teilweise eklatanter Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften, gerade in Zukunfts- und Wachstumsbranchen. Diese neuen Arbeitsplätze entstehen deshalb oft im Ausland.
- Die Anforderungen für Lehrstellenbewerber werden zunehmend höher, heute werden ihnen viele Jugendliche nicht mehr gerecht, die Folge ist Arbeitslosigkeit.
- Die berufliche und betriebliche Weiterbildung wird auch nach Ansicht von Führungskräften und Arbeitgebern, ebenso nach Meinung der Beschäftigten immer wichtiger.

- Im Bereich von EDV-Kenntnissen und dem Umgang mit Hochtechnologie haben die Deutschen im internationalen Vergleich nur sehr mäßige Kenntnisse. In keinem EU-Land gibt es weniger Computer in Schulen als in Deutschland! (6,57 Schüler pro Rechner!)
- Während An- und Ungelernte die schlechtesten Berufschancen und die höchste Arbeitslosigkeit aufweisen, ist es bei jungen Akademikern genau umgekehrt.

Quellen: iwd Informationsdienst (Institut der deutschen Wirtschaft Köln); Wirtschaft und Unterricht

## 10 Schritte auf dem Weg zu einer neuen Bildungskultur in Bayern

### Schritt 1:

Jedes Kind möglichst früh, möglichst intensiv, möglichst individuell fördern

“Auf den ersten Blick sahen die Ergebnisse der PISA-Studie auch für die Finnen nahezu unglaublich aus. Die finnische “Kuschelschule” soll bessere Leistungen hervorbringen als die berühmte deutsche Paukschule? .... In der Tat gibt es in der anwendungsorientierten didaktischen Philosophie und im Umgang mit den Schüler/innen einen signifikanten Unterschied zu Deutschland. Kinder sollen für das Lernen begeistert und nicht unter dem Druck der Noten belehrt werden. An fast allen Schulen gibt es Förderstunden, Lehrerassistenten, Schulsozialarbeiter und Schulkrankenschwestern. Eltern können eine Zusammenarbeit kaum umgehen. Das System muss auf Probleme sofort reagieren, weil es keine “Exit-Tür” für schwierige Fälle gibt - etwa im Sinne der Verweisung auf weniger anspruchsvolle Schulen.

Ein zweiter entscheidender Erfolgsfaktor Finnlands ist eindeutig die Gesamtschule. Die finnische Schulpädagogik mutet sich zu, dass alle Schüler/innen lernen können. Das Bildungssystem ist das wichtigste Instrument der Chancengleichheit. Eine Informationsgesellschaft kann es sich gar nicht leisten, einen Teil der Jahrgänge schon in der Schule suboptimal auszubilden und einer unsicheren beruflichen Zukunft zu überantworten.

Das Wiederholen von Klassen kommt in Finnland kaum vor. Die Wissenslücken bzw. Unterschiede in den Leistungen müssen unmittelbar aufgefangen werden. Wenn das Kind, der/die Lehrer/-innen oder die Eltern Lernprobleme erkennen, können diese sofort durch individuelle Förderstunden oder durch den Einsatz von SonderpädagogInnen bzw. LehrerassistentInnen in der Schule bearbeitet werden.

Dass in Deutschland – im Land der großen Pädagogen - die vielfältigen Chancen der Pädagogik so wenig wahrgenommen werden, um die Talente bei allen Schüler/-innen zu entdecken und zu fördern, scheint aus finnischer Sicht unverständlich.”

(Quelle: Aila-Lena Matthies, Finnisches Bildungswesen und Familienpolitik: Ein “leuchtendes” Beispiel, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, B41/2002, S.40 ff.)

Um eine wirklich optimale Förderung für alle Kinder zu gewährleisten, sollen Förderpläne für jeden Schüler und jede Schülerin erstellt werden. Mit ihnen können Entwicklungen über Jahre hinweg initiieren und die dafür notwendigen Maßnahmen geklärt werden. Die Schulen müssen sich dem Tempo der Kinder anpassen und ihren Unterricht daran ausrichten. Stützkurse müssen helfen, den so erzielten Leistungsstand zu halten. Alle Schulen sollen ihre eigenen Schulprogramme beschließen und realisieren können, in denen das gemeinsame pädagogische Konzept der Schülerförderung formuliert, die Bedingungen für die Realisierung der Planungen organisiert und das Erreichen ihrer Planungsziele evaluiert werden soll.

Der Anspruch auf optimale individuelle Förderung gilt im besonderen Maße für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Dies gilt sowohl für die Kinder, die in der Regelschule integriert werden können als auch für Kinder, die in den Förderschulen unterrichtet werden. Die Förderzentren werden dabei, über ihre jetzigen Aufgaben hinaus, zentrale Kompetenzzentren zur Beratung von Integrationsmaßnahmen sein. Es ist notwendig, das Recht auf Integration für wesentlich mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf einzulösen und die Möglichkeiten auszubauen.

So muss es Aufgabe der Schulpolitik in Bayern sein, schnellstens die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nichtbehinderte wie behinderte Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt an allen Angeboten der schulischen Förderung und des schulischen Lebens teilhaben können. Grundsätzlich muss also jedem Schüler der Weg in die allgemeinbildende Schule offen stehen. Die Entscheidung, in welche Schule das betroffene Kind eingeschult wird, soll gemeinsam von Eltern, Schule und gegebenenfalls vorschulischer Einrichtung bzw. Arzt getroffen werden

## Schritt 2:

### **Chancengleichheit für die Kinder aller bayerischer Regionen und aller sozialer Schichten schaffen**

Die PISA-Studie hat wieder einmal gezeigt, dass es in keinem vergleichbaren anderen Land Europas einen so engen Zusammenhang gibt wie in Deutschland - und auch in Bayern - zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und der Nähe ihres Elternhauses zu Bildung und Schule auf der einen Seite und den von ihnen beschrittenen Schullaufbahnen sowie den von ihnen erreichten Abschlüssen auf der anderen Seite. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass die Chance für das Kind eines Akademikers das Abitur zu erreichen ca. zehnmal größer ist als für das Kind eines Facharbeiters.

Es ist also bildlich und vereinfachend ausgedrückt immer noch so, dass der Geldbeutel der Eltern und deren Interesse an Bildung darüber entscheiden, ob ein Kind eine entsprechende Schulbildung erreicht und nicht die Fähigkeiten und Eignungen des Kindes.

Die Bildungsberichterstattung 2006 hat ans Tageslicht gebracht, dass die schon in der Vergangenheit festgestellten regionalen Disparitäten zwischen ländlichen Regionen

und den Ballungsgebieten in den letzten Jahren nicht abgebaut wurden. Sie scheinen in Beton gegossen. Ausnahmen bilden lediglich ländliche Bereiche mit attraktiven Wohn-  
gemeinden, Landkreise in Großstadtnähe und Landkreise am Alpenrand.

Mit dem leichten Ausbau der gymnasialen Bildungsmöglichkeiten hat sich die Abitur-  
quote nicht signifikant erhöht, sondern ist in den letzten Jahren praktisch stagniert.  
Deswegen muss davon ausgegangen werden, dass die Verbreiterung des Hochschulzu-  
gangs von der Staatsregierung nicht gewünscht wird.

Da Regionen mit hohem Anteil an mittleren Abschlüssen (Ndb./Obpf.) nur geringere  
Abiturientenquoten erreichen, kann sich der weitere Ausbau der 6-jährigen Realschule  
weiter negativ auf die notwendige Erweiterung des Hochschulzugangs auswirken. Die  
offenbar damit angestrebte „Entlastung“ der Gymnasien lässt das, durch regionale und  
schichtenspezifische Benachteiligung unverändert große, Bildungs-potenzial gewollt  
ungenutzt.

Die Ursachen für diese großen Unterschiede, was die Bildungsbeteiligung betrifft und  
was die unterschiedlichen Abschlussquoten betrifft, müssen gründlich erforscht wer-  
den. Es muss alles getan werden, um für Chancengleichheit und für gleiche Bildungsbe-  
teiligung zu sorgen. Die Verstärkung der Schulsozialarbeit ist dafür unverzichtbar.

Ziel unserer Bildungspolitik muss es sein, allen Kindern unabhängig

- von ihrer sozialen Herkunft
- von ihrem Wohnort
- vom Interesse ihrer Eltern an Bildung
- und unabhängig von ihrem Geschlecht
- oder der Herkunft ihrer Eltern

einen bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang darf auch die Frage “was das Kind später werden soll” nicht  
dazu führen, dass wegen des eventuellen Berufswunsches eine höhere Schulbildung  
nicht angestrebt wird, weil man diese für das Berufsziel nicht unbedingt braucht.

Um soziale Disparitäten ausgleichen zu können, muss die individuelle Förderung von  
Kindern in der Schule, insbesondere in den Gymnasien massiv verbessert werden.  
Zudem muss möglichst allen Schülern ein wohnortnahes Angebot möglichst aller Schul-  
arten zur Verfügung stehen. Hier ist die Regionalschule eine Antwort.

Quelle: Bildungsberichterstattung 2006

### Schritt 3:

Neue pädagogische Konzepte zusammen mit Eltern, Schülern und Schulträgern erarbei-  
ten und sichern

In unseren Schulen werden Kinder unterrichtet und nicht Fächer. Kinder können das was sie bewegt, ihre Sorgen und Nöte nicht am Morgen an der Schulhaustüre ablegen, um sie dann nach Schulschluss wieder mit nach Hause zu nehmen. Sie haben vielmehr ein Recht darauf, dass sich die Schule ihrer ganzen Persönlichkeit annimmt und auf ihre persönliche und soziale Situation eingeht. Ein Kind, das ungewaschen und ohne Frühstück zur Schule kommt, den Kopf voller Sorgen wegen der familiären Situation zu Hause hat oder mit persönlichen Problemen überlastet ist, wird sich nur schwer auf den Unterricht konzentrieren können. Erzieherinnen und Erzieher in Kindergärten und Kindertagesstätten bemühen sich ebenso wie Lehrerinnen und Lehrer an ihren Einrichtungen die Kinder und junge Menschen zu fördern und scheitern oft an den schlechten Rahmenbedingungen.

Schule muss, um unter den heutigen Bedingungen Kinder erziehen und bilden zu können, immer mehr vom Lernraum zum Lebensraum für ihre Schülerinnen und Schüler werden. Dies kann durch Ganztagschulen am besten gewährleistet werden. Voraussetzung dafür ist ein pädagogisches Konzept.

Wichtig ist dabei, dass der Freistaat Bayern als der für die Schulen Verantwortliche auch die Kosten für die Schaffung der dazu notwendigen räumlichen Bedingungen und die inhaltliche Ausgestaltung übernimmt. Wenn es dagegen so ist wie bisher, dass der Staat sowohl im Bereich der Betreuungsangebote an Schulen wie auch im Bereich der Schulsozialarbeit lediglich ca. 40 % der Personalkosten übernimmt, wird es zu keinem verstärkten und bedarfsgerechten Ausbau dieser an den Schulen dringend benötigten Infrastruktur kommen, weil die als Sachaufwandsträger für den Rest zuständigen Kommunen es sich nicht leisten können.

Bessere Rahmenbedingungen für Eltern, Schüler und Schulträger müssen geschaffen werden.

Schule ist nicht nur eine Immobilie, die man einfach nur verwalten kann. Schule ist ein komplexer Organismus, zu dem viele Mitwirkende gehören. Für alle Beteiligten, insbesondere Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Sachaufwandsträger, muss die gemeinsame Sache, nämlich die Gestaltung einer Bildungspolitik, die unsere Kinder möglichst gut auf ihr Leben und auf ihre berufliche Tätigkeit vorbereitet und unserer Gesellschaft insgesamt die Zukunft sichert, oberste Priorität haben.

Dazu müssen die Rahmenbedingungen für die Beteiligten so gestaltet sein, dass sie motiviert ihren Beitrag leisten.

Dazu gehören gesetzlich verankerte, wirkliche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für die Eltern und natürlich auch für die Schülerinnen und Schüler.

Alle Betroffenen müssen gemeinsam an der Erarbeitung der pädagogischen Konzeption, spezieller Angebote, am Profil der Schule beteiligt sein. Die mit dem Sachaufwand betrauten Kommunen dürfen ebenso wenig finanziell überfordert werden wie die Kommunen, die selbst Schulträger sind. Schule ist vorrangige Aufgabe des Freistaates. So muss das Schulfinanzierungsgesetz einen vollständigen Ersatz der Personalkosten gewährleisten und für ausreichende Kostenerstattung für Schülerbeförderung und Sachaufwand sorgen. Lernmittel- und Schulwegkostenfreiheit sind Grundelemente des

staatlichen Bildungsauftrags - diese Kosten dürfen nicht auf die Eltern abgewälzt werden.

Die Ganztagschule ist als neue Schulform zu unterstützen, weil sie sowohl eine intensivere und individuellere Förderung von Schülerinnen und Schülern ermöglicht als auch die Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt.

Wir meinen deshalb:

- Der weitere Ausbau von Ganztagschulen ist zur Verbesserung der Pädagogik unabdingbar und sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Die Eltern und Schüler erhalten durch ein Mitbestimmungsgesetz echte Mitwirkungsmöglichkeiten.
- Die Schulfinanzierung wird so verändert, dass Sachaufwandsträger nicht immer stärker belastet, sondern entlastet werden. Die Schulen werden besser ausgestattet.
- Die Sicherung der Lernmittelfreiheit und die Übernahme der Schülerbeförderung durch den Freistaat sind dringend nötig.

#### Schritt 4:

#### Den einzelnen Schulen pädagogische und organisatorische Selbstständigkeit geben

Schulen brauchen Selbstständigkeit, um Verantwortung tragen zu können. "Wenn wir die Qualität unserer Schulen verbessern wollen, müssen wir ihnen mehr Freiheit geben. Die Verantwortung für die Lern- und Bildungsprozesse muss in der Schule bleiben. Schulen brauchen ein hohes Maß an pädagogischer Freiheit und Flexibilität- also weniger zentrale Regulierung. Eine Bildungsverwaltung, die alles und jedes auf Punkt und Komma zu regeln versucht, ist nicht mehr zeitgemäß.

"Schulen brauchen stattdessen Freiräume und mehr Entscheidungsfreiheit, damit sie schneller auf den gesellschaftlichen Wandel antworten und angemessen auf veränderte Anforderungen in ihrem Umfeld reagieren können. Gestalten statt verwalten ist das Motto der selbstständigen Schule, in der die Schulleitung in enger Kooperation mit dem Kollegium die permanente Verbesserung der schulischen Qualität als Hauptaufgabe betrachtet und die volle Verantwortung für die Ergebnisse übernimmt." (Quelle: Gabriele Behler und Dieter Smolka, Die Pisa-Studie: Konsequenzen und Empfehlungen für Bildungspolitik und Schulpraxis, in Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/2002, S. 9.)

Die bayerischen Schulen müssen ihr Schulprofil entwickeln, d.h. ihre schulspezifischen Programme formulieren, ihre eigenen Lehrpläne und Stundentafeln festlegen können, wie uns das von den sog. PISA- Siegern seit vielen Jahren vorgemacht wird. Dabei wird die pädagogische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort effektiv eingesetzt. Aufgabe des Staates ist es, in einem Landesbildungsplan die Bildungsziele für Bayern zu formulieren.

Die Umsetzung dieser Bildungsziele und die Auswahl der dafür notwendigen pädagogischen Mittel werden zur eigenverantwortlichen Angelegenheit der Schule.

- Voraussetzung ist die Abschaffung der Selektionsinstrumente (z.B.: Noten in der Primarschule und Sitzenbleiben).
- Die Wege zum Erreichen der Bildungsziele sind Sache der Schule.
- Für jeden Schüler werden individuelle Förderpläne eingeführt.
- Die Gestaltung des Schultages ist Sache der Schule.
- Die Rahmenbedingungen des Lernens werden durch Gestaltung eines atmosphärisch positiven Lernumfeldes verbessert.

Die pädagogische braucht die organisatorische Selbstständigkeit, um zu wirklich grundlegenden neuen Konzepten, zu ausgeprägten Profilen und zur Realisierung von individuellen Förderplänen für die Kinder kommen zu können. Das bedeutet, dass Schulträger und Kultusministerium die organisatorischen Rahmenbedingungen dafür schaffen, und den Schulen die eigenverantwortliche Bewirtschaftung von Sach- und Personalkosten ermöglichen müssen.

In einem zu klärenden Rahmen müssen die Schulen in die Lage versetzt werden, ihr Personal – ihrem eigenen inhaltlichen und organisatorischen Profil entsprechend - selbst einstellen zu können. Selbständiger arbeitende Schulen brauchen eine neue, andere Schulaufsicht. Sie muss sich beschränken auf Aufgaben der Koordinierung, der Finanzierung, der Erstellung von Rahmenplänen und Bildungszielen im Sinne der Förderung der Schülerinnen und Schüler. Ihre neue Rolle ist deshalb nicht die einer alles regelnden und beaufsichtigenden Schulaufsicht, sondern die einer beratenden, den Schulen Dienste anbietenden staatlichen Schulbehörde.

Allerdings muss der größeren Selbstständigkeit der Schule auch ein System der internen und externen Evaluation mit Qualitätskontrollen und Leistungsvergleichen gegenübergestellt werden. Dabei kann es nicht darum gehen, Schülerinnen und Schüler weiteren Einteilungstests zu unterziehen, sondern es müssen Instrumente genutzt werden, die die Entwicklung der Schulen, die Umsetzung ihrer Schulprogramme und den Erfolg der Fördermaßnahmen, bewerten können. Pädagogische Beratung der Schule und Anstöße zur Optimierung ihres Konzeptes muss deshalb das Ziel von Leistungsvergleichen sein. Für die externe Bewertung von Schulen soll eine von der Kultusbürokratie unabhängige Evaluationsagentur eingerichtet werden. Die Kultusbürokratie wird um eine - oder mehrere - Verwaltungsebenen verringert werden.

- Die Staatszuständigkeit für die Schulen wird im wesentlichen auf folgende Aufgaben beschränkt:
  - Rahmenlehrpläne mit konkreten Bildungszielen
  - Beratung der Schulen
  - Qualitätskontrolle mit interner und externer unabhängiger Evaluation (Evaluationsagentur)
  - Personaleinsatz, Koordinierung, Finanzierung und Grundsatzfragen
  - Die Schulbürokratie wird entsprechend zugunsten der Schulen dezentralisiert.

## Schritt 5:

### Alle Kinder früher fördern

Neue wissenschaftliche Untersuchungen in der Pädagogik, wie in der Hirnforschung haben verdeutlicht, dass kleine Kinder im sog. Vorschulbereich bisher zu wenig gefördert wurden.

Die frühen Lebensjahre sind entscheidende Förderjahre für unsere neugierigen und kreativen Kinder. Diese Erkenntnisse müssen in der inhaltlichen und organisatorischen Konzeption der Kindertagesstätten ihren Niederschlag finden. Dass sich die bayerischen Kindertagesstätten dem durchaus nicht verschließen, liegt allerdings nicht etwa an den Vorgaben des Kindertagesstättengesetzes, sondern an der Initiative und dem Engagement vieler Erzieherinnen, die längst das tun, was ihnen unterschiedliche Erkenntnisse und Erfordernisse in ihrer täglichen Praxis notwendig erscheinen lassen.

Tageseinrichtungen für Kinder unter sechs Jahren sind die erste Stufe im Bildungsweg. Sie sind damit elementare Bausteine zur Chancengleichheit.

Sollen alle Kinder die Chance auf positive Lernerfahrungen bekommen, so ist es erforderlich, die Zeit vor der Schule als Teil des Bildungssystems zu begreifen und auch zu behandeln, d.h. sie dem Bildungsbereich zuzuordnen und zu finanzieren.

Deshalb sollen auch alle Kinder vorschulische Einrichtungen besuchen. Das letzte Kindergartenjahr muss kostenfrei und verpflichtend für alle Kinder werden.

Besonders gefördert werden Grundfähigkeiten, wie z.B. soziale Kompetenzen.

Die Kindertagesstätten fördern die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, seine Phantasie und Kreativität, seine Selbstständigkeit und Eigenverantwortung.

Um dies allen Kindern gleichermaßen zu ermöglichen, ist ein verbindlicher Bildungs- und Erziehungsplan erforderlich, dessen Umsetzung durch entsprechende Rahmenbedingungen sichergestellt ist. So sollen u.a. alle Kinder vor Besuch der Primarschule die deutsche Sprache beherrschen.

Diese neuen Vorstellungen wollen wir durch die deutliche Erhöhung des Angebots an Einrichtungen und die besondere Gewichtung des Bildungsauftrages erreichen, der im Einzelnen so realisiert werden soll:

- Die Angebote an Einrichtungen außerhalb des Kindergartenbereichs sollen in den nächsten Jahren auf einen Deckungsgrad von 20-30% angehoben werden. Dies ermöglicht auch den Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
- Bildungsstandards und deren Evaluation, die in Bildungs- und Erziehungsplänen konkretisiert werden, müssen für alle Einrichtungsträger verbindlich gelten und im Kindertagesstättengesetz verankert sein.
- Die Bildungsvereinbarung beinhaltet z.B. Steuerung des Einrichtungsangebots hin zu altersgemischten, integrativen, multikulturellen "Kinderhäusern", die Anhebung der Qualifikation der Fachkräfte, Absenkung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, Schaffung einer anregenden Lernumgebung, Festlegung einer ausreichenden Kernzeit die den Bildungsauftrag absichert und einer ausreichenden Verfügungszeit für Fachkräfte, Fortbildungsverpflichtungen, usw.

- Die Bildungs- und Erziehungspläne sind danach auszurichten, was Kinder in der Entwicklung brauchen, nicht was gesellschaftliche Institutionen wünschen. Besonders gefördert werden sollen die Autonomie der Kinder und zentrale kindliche Bildungskompetenzen und Ressourcen, wie besonders soziale und sprachliche Grundfähigkeiten.
- Um die Ausgangsbedingungen für alle Kinder zu verbessern, müssen in Kindertagesstätten besondere Förderangebote - vor allem schwerpunktmäßig vor der Einschulung - für die Kinder bereitgestellt werden. Auf eine Sprachförderung für alle Kinder, aber vor allem für fremdsprachliche Kinder, oder auch zum Ausgleich unterschiedlicher Spracherziehung im Elternhaus, ist besonderen Wert zu legen.
- Die notwendigen Förderressourcen für die Kinder sind durch interdisziplinäre Zusammenarbeit der Förder- und Beratungsstellen mit den Kindertageseinrichtungen in einem lokalen Netzwerk zu schaffen.
- Die Entwicklung und Verankerung von Bildungs- und Erziehungsplänen in Kindertageseinrichtungen ist ein Prozess, der genügend Zeit und Unterstützung benötigt. Interne und externe Evaluation ist Voraussetzung für Aussagen über dessen Effizienz. Viele Gründe sprechen dafür, dass Gebühren für Kindertageseinrichtungen ungleiche Bildungschancen erzeugen, bzw. verstärken. Die kostenfreie ganztägige Kindertageseinrichtung ist deshalb unser Ziel. In einem ersten Schritt wird das letzte Jahr vor der Schule für alle Kinder kostenfrei.

#### Schritt 6: Ein neues Lehrerleitbild entwickeln

Die Mängelverwaltung unseres Schulsystems wird allzu oft auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen. Arbeitszeitverlängerungen, neue Anforderungen ohne Vorbereitung, kaum Beratung, wenig Fortbildungsmöglichkeiten belasten unsere Lehrkräfte auf Höchste. Eines der nicht sehr häufig diskutierten Ergebnisse von PISA ist allerdings auch, dass sich nur dort, wo der Beruf des Lehrers gutes Ansehen hat, wo man sich der Bedeutung des Berufsstandes in der Gesellschaft bewusst ist, wirklich gute Modernisierungserfolge eingestellt haben.

Deshalb wird unsere Schule nur besser werden, wenn die gesellschaftliche Anerkennung der Lehrer besser wird und ihre Professionalität nicht nur als „Wissensvermittler“, sondern auch als „Lebensberater“ verstärkt werden kann. Es wird ein einheitliches Grundstudium für alle Lehrer eingeführt, das gesamte Studium wird pädagogischer und praxisorientierter ausgerichtet. Die unterschiedliche Wertigkeit/Bezahlung der Lehrer verschiedener Schulen wird abgeschafft.

Auf dieser Grundlage muss die Zusammenarbeit der Lehrer mit anderen schulrelevanten Professionen institutionalisiert werden.

In diesem Sinne soll eine bessere Lehrer/-innenbildung für besseren Unterricht Sorgen, durch:

- Stärkung der Professionalität der Lehrkräfte u.a. durch Erweiterung des Praxisbezugs vom Beginn des Studiums an.

- Weiterentwicklung und Aufwertung der Erziehungswissenschaften zu Bildungswissenschaften mit einem starken Gewicht schulpraktischer Themen.
- Ausbau und Stärkung der Fachdidaktiken als Verbindung zwischen Fachtheorie und Unterrichtsbezug.
- Stärkere Verzahnung von bildungswissenschaftlicher, fachwissenschaftlicher und praktischer Ausbildung.
- Einbeziehung des Bologna-Prozesses.
- Polyvalenz der Lehrerausbildung, so dass mit den im Studium erworbenen Qualifikationen unterschiedliche Studien- und Berufsziele erreichbar sind, wobei schon innerhalb der Bachelorphase fach- und erziehungswissenschaftliche Studieninhalte miteinander verbunden werden.
- Entwicklung curricularer bildungs- und fachwissenschaftlicher Standards für die Lehrer/-innenbildung.
- Ausbau der Fort- und Weiterbildung. Lehrer/-innen werden zur regelmäßigen Fort- und Weiterbildung verpflichtet. (Quelle: Antrag des AK Hochschule der SPD-Landtagsfraktion)

#### Schritt 7:

##### Die Schulen in ihrer Region stärker verankern

Jede Schule kann und soll ihr eigenes Schulprofil unter Berücksichtigung regionaler und sozialer Strukturen erarbeiten und somit ihr pädagogisches Profil und ihre Individualität manifestieren. So entwickelt sich Schule zu einem regionalen bzw. stadtteilbezogenen Lern- und Lebenszentrum und wird dem ganzheitlichen Bildungsanspruch gerecht.

Mit leitenden Werten, Fächern oder Lernbereichen setzt die Einzelschule Schwerpunkte: im praktischem und handlungsorientiertem Lernen, im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, bei künstlerisch-musikalischen Aspekten, bei Konfliktdeeskalation und Gewaltprävention, im ökologischen Bereich u.ä.

Die Einzelschulen fixieren ein Schulprogramm, gewissermaßen das "Grundgesetz der jeweiligen Schulen", das der Schulaufsichtsbehörde, der Schulgemeinde, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gegeben wird. Eltern und Schüler/innen dient das Programm als Orientierungshilfe. Ein Schulprogramm beschreibt zum Beispiel die Formen von Teamarbeit, von Kooperation in bestimmten Fächern, Projektarbeit u. ä.

Die Entwicklung von schuleigenen Arbeits- und Lehrplänen und Studentafeln, die Lerngruppenbildung, die Zeitgestaltung oder die Pausengestaltung, erweiterte Angebote im Nachmittagsbereich gehören in die Regie der einzelnen Schule.

Im Sinne der Öffnung der Schule passt sich die Schule den besonderen Biographien ihrer Schülerschaft und deren kulturellen Erziehungsbedingungen an, aber auch regionalen Traditionen und kommunalen Prioritäten. Die regionale Schule arbeitet mit ihrer Umgebung (Gemeinde, Wirtschaft, Vereine, Verbände, Kirchen, ...) zusammen.

Selbständige regionale Schulen sollten die ihnen zugewiesenen Mittel eigenverantwortlich bewirtschaften können. Im Rahmen einer eigenständigen Haushaltsführung kann die Schule flexibler, selbstverantwortlicher und auch sparsamer mit den ihr zugeteilten Mitteln umgehen. Selbsterwirtschaftete Mittel sollten der Schule weitgehend verbleiben. Eine Rücklagenbildung muss möglich sein.

Die einzelne Schule muss auf Personalzuweisung Einfluss nehmen können. Die Schule soll Lehrkräfte und Nicht-Lehrer-Personal, die in ihr Kollegium passen, selbständig einstellen können.

Regionale Schulen sollen über Patenschaften zu Betrieben oder Eltern ihre Finanzierung sichern können. Um für eine ausgewogene Verteilung der Mittel zu sorgen, könnte eine Stiftung eingerichtet werden, die die Mittel an die Einzelschulen der Region weitergibt.

Alle an der Schule Beteiligten tragen eine gemeinsame Verantwortung für das Gelingen der regionalen Schule. Entscheidungsrechte müssen diesem Grundprinzip Rechnung tragen. Im Grundsatz soll die Schulkonferenz, in der Schüler, Lehrer und Eltern vertreten sind, mit eigenständigen und gewichtigen Entscheidungsrechten das höchste Beschlussorgan sein.

#### **Schritt 8:**

#### **Mit der Bildungsmilliarde mehr in Bayerns Zukunft investieren**

Die Ausgaben des Freistaates für Bildung liegen bei 2,0 Prozent des BIP. Damit liegt Bayern um 0,3% unter dem Durchschnitt aller deutschen Bundesländer. Schon eine Erhöhung der Bildungsausgaben um diese 0,3% bringt 1,1 Mrd. Euro pro Jahr mehr für Bildung in Bayern. Was andere Bundesländer können, sollte den Freistaat nicht überfordern!

Im internationalen Vergleich ist Bayern dann immer noch alles andere als Spitze: OECD-Aufsteiger und Pisa-Sieger investieren inzwischen ca. 3,5 und 5 Prozent ihres BIP (nur öffentliche Ausgaben) für Bildung.

#### **Bayern muss seine Bildungsausgaben deutlich erhöhen.**

Wir fordern konkret die Bereitstellung von 1,1 Milliarde mehr für Bildung in Bayern in den nächsten 5 Jahren, unter Berücksichtigung der Inflationsrate!

Ohne diese zusätzliche Bildungsmilliarde sind die notwendigen umfassenden Reformen für und an Bayerns Schulen nicht realisierbar.

Ein bedarfsgerechtes Kindertagesstättengesetz,, ein „Sofortprogramm für den Schulerfolg“, weitere Lehrerplattellen, Schulsozialarbeit, Ganztagsangebote, neue Lehrerfortbildungskonzepte müssen kurzfristig und noch in dieser Legislaturperiode finanziert werden.

Stetig muss die zusätzlich geforderte Bildungsmilliarde in folgende Bereiche fließen:

- Mehr pädagogisches Personal, kleinere Klassen, bessere Förderung.
- Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten.
- Flächendeckende, bedarfs- und angebotsorientiert Einführung von Ganztagschulen.
- Lebenslanges Lernen realisieren.

**Schritt 9:**

**Lernen ein Leben lang**

Lernen hört nach Schule, Ausbildung oder Studium nicht auf. Lebenslanges Lernen heißt das Schlüsselwort, wenn man auf dem Arbeitsmarkt mithalten, einen Berufs- oder Schulabschluss nachholen oder sich einfach persönlich weiterbilden will. Im Rahmen einer Gesamtstrategie soll der außerschulische, berufliche und allgemeine Weiterbildungsbereich im Gesamtbildungssystem mehr Berücksichtigung finden. Wir wollen damit die Bildungsteilhabe im Weiterbildungsbereich erhöhen und allen Menschen mehr Chancen zur persönlichen, ihren Begabungen entsprechenden gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung ermöglichen.

Für die Organisation einer solchen neuen Lernkultur ist vor allem die Regionale Ebene geeignet. Um dies zu erreichen, wird ein bildungsbereichs- und träger-übergreifendes Netzwerk mit außerschulischen Angeboten der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung auf regionaler Ebene im Sinne einer "Lernenden Region" auf- und ausgebaut. Es soll eine auf die jeweilige Region zugeschnittene Bildungsinfrastruktur entwickelt und konkrete Maßnahmen zur Förderung lebenslangen Lernens umgesetzt werden.

Dazu gehört:

- die Transparenz und Vergleichbarkeit der Bildungsangebote und Bildungsanbieter. Hierzu sollten regionalbezogene Weiterbildungsdatenbanken bereitgestellt werden (besonders wichtig für individuelle Bildungsnachfrager und kleinere Betriebe).
- dass Bildungsprozesse initiiert und begleitet werden. Dazu soll kontinuierliche Bildungs- und Qualifizierungsberatung stattfinden, die persönlichen Bildungsprozesse der Teilnehmer werden durch Bildungsbegleiter unterstützt.
- die Qualitätsentwicklung und -sicherung: Qualitätsstandards werden auch in der Weiterbildung gesetzt und Angebote evaluiert.
- dass vorhandene Benachteiligungen und Bildungsbarrieren abgebaut werden. Mit Hilfe von Modulen können Menschen schrittweise Abschlüsse nachholen oder auf eine Qualifikation aufbauen. Wichtig sind auch niederschwellige Weiterbildungsangebote.
- dass die Bildungsqualifikationen in einem persönlichen Qualifizierungspass dokumentiert und anerkannt werden können.
- dass informelle Lernprozesse im Lebens- und Arbeitsalltag stärker berücksichtigt werden.

Auf diese Weise sollen den Menschen vor Ort mehr Bildungs- und Weiterbildungsangebote gemacht werden, die ihren Ansprüchen gerecht werden und für sie Zukunftsperspektiven eröffnen.

Berufsschulen, Fachhochschulen und Hochschulen sind als Bildungszentren für Aus- und Weiterbildung in die regionale Weiterbildungsinfrastruktur mit einzubinden. Insbesondere die Hochschulen werden ihrer herausragenden Rolle in der Wissensgesellschaft nur gerecht, wenn sie Weiterbildung als dritte Aufgabe neben Erstausbildung und Forschung konsequent wahrnehmen und zur Profilbildung nutzen.

Lernzeitanprüche sollen durch gesetzlich oder tariflich garantierte Bildungsfreistellung realisiert werden können. Die Finanzierung der Erwachsenenbildung muss den gewachsenen Ansprüchen zur Weiterbildung entsprechend verbessert und langfristig gesichert werden.

- Schule wird mit außerschulischen Angeboten der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung auch auf regionaler Ebene vernetzt und koordiniert.
- Die Aus- und Weiterbildung wird mittels eines Qualifizierungspasses nachgewiesen.
- Die Fort- und Weiterbildungsangebote werden evaluiert und zertifiziert (Evaluationsagentur).
- Das Erwachsenenbildungsgesetz wird den Erfordernissen des „lebenslangen Lernens“ angepasst. Die Finanzierung wird verbessert und langfristig gesichert.

#### Schritt 10:

**Bayerns Schulsystem offen, kindgerecht und leistungsfähig strukturieren - Keiner darf verloren gehen**

Nach dieser Bildungsphilosophie sollen sich künftig auch Schulen in Bayern ausrichten. Alles weist darauf hin, dass viele Kernprobleme unseres Schulwesens in seiner Struktur liegen. Jedenfalls haben Leistungsstudien wie PISA und IGLU belegen können, dass Kinder, die nicht früh auf verschiedene Schulformen aufgeteilt werden, sondern möglichst lange gemeinsam lernen, durchgängig bessere Leistungen erbringen. Eine neue Bildungskultur, die sich nach diesem Prinzip richtet, braucht eine neue Schulstruktur.

**Unser Prinzip heißt deshalb: Länger gemeinsam lernen**

Wir ziehen damit die Konsequenz aus den Ergebnissen der Schulleistungsstudien PISA und IGLU: Wir wollen die gemeinsame Schulzeit bis zur 6. Klasse. Die derzeitige Trennung der Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse ist nicht zukunftsfähig.

An eine sechsjährige gemeinsame Schulzeit (Primarschule) schließt sich die Sekundarstufe I an. Sie endet nach dem 10. Schuljahr mit dem Hauptschulabschluss oder dem 10. Schuljahr mit der mittleren Reife. Danach folgt der Übergang in die Oberstufe des all-

gemeinbildenden oder beruflichen Gymnasiums oder in die berufliche Erstausbildung, als Sekundarstufe II. Der Abschluss der Sekundarstufe II berechtigt zum Hochschulstudium.

### Die Primarschule

Die Primarschule muss ihrem Anspruch als Basisschule gerecht werden können. Dazu braucht sie vor allem eine Befreiung von der frühen Auslesepraxis und beste Lernvoraussetzungen. Die Primarschule wird deshalb um zwei Jahrgangsstufen erweitert, insbesondere die Schuleintrittsphase wird umgestaltet.

Die derzeitige Trennung der Schülerinnen und Schüler nach der 4.Klasse ist nicht zukunftsfähig. Die Leistungselite ist zu klein, die Zahl der Bildungsabbrecher und Benachteiligten zu groß. Die frühe Trennung wird zugunsten einer längeren gemeinsamen Schulzeit aufgegeben.

Die Primarschule ist Basisschule und soll in den Klassen 1-6 die Ausbildung von Basiskompetenzen und Basiswissen bei allen Kindern fördern. Sie verzichtet dazu bis einschließlich 6.Klasse auf eine äußere Leistungsdifferenzierung.

Die Primarschule hat vor allem in den ersten Jahren den Auftrag noch vorhandene Lern- und Leistungsunterschiede der aufgenommenen Kinder auszugleichen. Dazu werden die Klassenstufen 1 und 2 als Schuleingangsstufe geführt. Die Verweildauer richtet sich nach dem individuellen Lernzeitbedarf (von 1 bis zu 3 Jahren) des einzelnen Kindes. Damit soll die Schule entwicklungsverzögerten Kindern, wie auch entwicklungsstarken Kindern individueller gerecht werden.

Die Schuleingangsstufe (Klassenstufe 1 und 2) erhält besondere Lehrerzuweisungen. Um ihrem besonderen pädagogischen Auftrag gerecht werden zu können, werden die Klassenstufen 1 und 2 von 3 Lehrkräften und 1 Sozialpädagogen/-in (zuständig für 2 Klassen) unterrichtet und betreut.

Das Schuleintrittsalter bleibt bei 6 Jahren (Stichtag 30.Juni) wobei nach oben und nach unten eine flexiblere Eintrittsphase den Schulen ermöglicht werden soll. Eltern sollen dabei in Kooperation mit der Kindertagesstätte und der Primarschule selbst entscheiden können, ob ihr Kind früher eingeschult werden soll. Rückstellungen bei Einschulung werden grundsätzlich abgeschafft.

Besonderes Prinzip des Lernens in der gesamten Primarschulzeit ist der gemeinsame Unterricht im Klassenverband, sowie in jahrgangsgemischten oder klassenübergreifenden Lerngruppen. Auch damit soll die individuelle Lernentwicklung des Kindes in den Vordergrund gestellt werden.

### Die Sekundarschule

Die Bayerischen Haupt- und Realschulen sollen zu Sekundarschulen werden

Dieses Ziel bedeutet, dass nach der sechsjährigen gemeinsamen Primarschule alle Schülerinnen und Schüler, die nicht das Gymnasium besuchen wollen, in die Sekundarschule gehen. Die Sekundarschule soll den Großteil ihrer Schülerinnen und Schüler nach dem erfolgreichen Besuch der zehnten Jahrgangsstufe zur Mittleren Reife und damit zur Berufsausbildung, aber auch zum Besuch der 11. Klasse eines Berufsgymnasiums oder eines allgemeinbildenden Gymnasiums führen.

Nachdem erfolgreich beendeten neunten Schuljahr erhalten alle Schüler-/innen den Hauptschulabschluss, der – wie bisher - ebenfalls zu einer Berufsausbildung führt. Ihnen steht darüber hinaus die Möglichkeit offen, im zehnten Schuljahr zusätzlich berufswahlorientierten Unterricht mit außerschulischen Angeboten und betreuten Betriebspraktika zur Verbesserung ihrer Berufsfähigkeit zu besuchen.

Die Zusammenführung der Haupt- und Realschulen erfolgt schrittweise, ohne die vorhandenen Schulstandorte zu gefährden und muss mit Eltern, Gemeinden und Kollegien gemeinsam vorbereitet und getragen werden. Sie bestimmen das Tempo des Wandels. Die fortschreitende Umwandlung wird durch Schulprogramme vorbereitet und wird durch eine bessere Lehrerzuweisung und Innovations- und Poolstunden unterstützt.

In den Schulprogrammen und Förderkonzepten der Sekundarschulen sollen die Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Förderung aller Schüler/-innen geklärt und umgesetzt werden, damit nicht weiterhin die Talente der bayerischen Schulkinder in großem Masse vergeudet werden.

Die Zusammenarbeit mit den Vereinen, Verbänden der Schulgemeinden, mit Betrieben und Berufsschulen soll durch regionale Bildungspakte gefestigt werden, die den Status der örtlichen Schule wieder aufwerten in dem sie eine gemeinsame Verantwortung für Bildung verdeutlichen und die neuen Sekundarschulen zu wichtigen Identifikationspunkten des Ortes und der Region machen.

## Das Gymnasium

Das Bayerische Gymnasium hat in der Bundesrepublik bisher einen guten Namen. Niemand bestreitet seine erfolgreiche Arbeit zur Vorbereitung der Gymnasialschüler/-innen auf ein wissenschaftliches Studium. Dennoch muss sich auch diese Schulform den sich verändernden Bedürfnissen einer umfassenden Bildung immer wieder anpassen. So steht eine Überarbeitung der Lerninhalte und Methoden an, die sich an den gängigen, sich wandelnden Definitionen von Allgemeinbildung und Studierfähigkeit orientieren muss. Dazu gehört, dass auch die bisher völlig vernachlässigte Berufswahlvorbereitung mit in den Fächerkanon des Gymnasiums einbezogen wird.

Die guten Ergebnisse des Bayerischen Gymnasiums, im Vergleich mit anderen Ländern, werden allerdings dadurch stark relativiert, dass derzeit in Bayern der Anteil der Abiturienten eines Jahrgangs sehr gering ist. Die Einteilung der Kinder in die unterschiedlichen Schulformen geschieht im zehnten Lebensjahr früher als in den meisten

Staaten der Welt. Die Korrektur dieser frühen Einteilung ist wegen mangelnder Durchlässigkeit der unterschiedlichen Schulformen selten möglich. Überdies ist die Schulformwahl nach wie vor stark vom sozialen Status der Eltern abhängig (siehe ISB: Materialien zu den Regionalen Bildungsprofilen....). Sitzen bleiben und Scheitern wird als normaler "Ausleseprozess" akzeptiert.

Diese Vergeudung bayerischer Talente muss dadurch beendet werden, dass individuelle Förderkonzepte auch für Gymnasialschüler-/innen angeboten werden, dass Schulprogramme mit konkreten Vorgaben die Entwicklungen der Einzelschulen konzipieren, dass Evaluation und kollegiale Beratung die Anstrengungen der Schulen begleiten und dass das Prinzip "fördern statt auslesen" auch in den Gymnasien zum Zentrum der Bemühungen wird.

### **Die Beruflichen Schulen**

Im Mittelpunkt des Strukturkonzeptes stehen Jugendliche und junge Erwachsene, die über eine berufliche Qualifizierung in die Berufs- und Arbeitswelt eintreten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Schüler- und Schülerinnenstruktur des beruflichen Schulwesens hinsichtlich Vorbildung, Eignung, Befähigung, Herkunft und Alter sehr heterogen ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer konsequenten schüler-orientierten Qualifizierung die sich durch integrative Systeme und hohe Durchlässigkeit auszeichnet. Im Folgenden halten wir folgende Veränderungen für notwendig:

### **Reform der Berufsvorbereitung**

Aus Untersuchungen wissen wir, dass viele Schülerinnen und Schüler ihr Abschlussziel in der Schule aufgeben oder aufgeben müssen. Die Zahlen derjenigen die ohne Abschluss die Schule, die Berufsausbildung verlassen sind besorgniserregend. Es gilt zu verhindern, dass ein "Bildungsproletariat" entsteht das den sozialen Anschluss für immer verliert. Deswegen wird allen Schülern, die die allgemeinbildende Schule verlassen und nicht sofort in eine duale oder schulische Berufsausbildung einsteigen oder einsteigen können, der Einstieg in eine berufliche Qualifizierung garantiert.

Das Ziel aller Bemühungen muss die Erreichung eines Schulabschlusses und/oder eines Berufsabschlusses sein. Die an den Berufsschulen vorhandenen Jungarbeiter-klassen werden nicht mehr eingerichtet. Der Zugang zu beruflicher Qualifizierung an beruflichen Schulen steht Allen immer und jederzeit offen.

### **Bildungswege der Höherqualifizierung ausbauen**

Die berufliche Ausbildung ist der Schlüssel zur Durchlässigkeit auf dem Weg zur Höherqualifizierung. Um Möglichkeiten der Höherqualifizierung innerhalb des beruflichen Bildungssystems in allen Stufen herzustellen und die Kompetenzressourcen der beruflichen Bildung besser zu nutzen sind vor allem Doppelqualifizierungen auszubauen, individuelle Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler durch Zusatzqualifikationen gezielt zu fördern und die Durchlässigkeit bis zur Hochschule - auch ohne formalen Schulabschluss - zu ermöglichen. Hier setzen wir an.

### **Die Berufsschule**

Neben dem Ausbau der Stütz- und Förderangebote für benachteiligte Jugendliche erhält die Berufsschule auch die Aufgabe Zusatz- und Höherqualifizierungsangebote für begabte Jugendliche anzubieten. Hier sind neben dem Ausbau des Wahlpflichtangebotes vor allem die Ausweitung von Zusatzqualifizierenden beruflichen Unterrichtsangeboten und neue Angebote zur ausbildungsbegleitenden Höherqualifizierung zu schaffen. Neben den Ausbildungsinhalten zur Erfüllung des Ausbildungsberufs macht die Berufsschule deswegen berufliche Unterrichtsangebote, die spezifische berufliche Kompetenzen der Schüler/innen erweitern, wie z.B. Sprachangebote, Computerkenntnisse, spezifisches berufsfachliches Wissen.

Durch das Angebot eines ausbildungsbegleitenden Fachhochschulreifeunterrichts sollen Schülerinnen und Schüler an der Berufsschule bei Nachweis einer entsprechenden Gesamtstundenzahl (KMK-Empfehlung) künftig auch die Fachhochschulreife erreichen. Das ist sinnvoll, weil sich die Schülerschaft an den Berufsschulen inzwischen zum großen Teil aus Realschulabsolventen zusammensetzt. Wer einen Sekundarabschluss I und eine begonnene Berufsausbildung oder den Besuch einer Fachschule oder Fachakademie nachweist soll am ausbildungsbegleitenden Fachhochschulreifeunterricht teilnehmen können. Darüber hinaus wird nach der abgeschlossenen Berufsausbildung über einen Zugang zum Berufsgymnasium auch die Erreichung der allgemeinen Hochschulreife weiter ermöglicht.

#### **Die Berufsfachschule**

Die Berufsausbildung in Berufsfachschulen wird nur noch als berufliche Vollausbildung mit entsprechend anerkannter Kammerabschlussprüfung realisiert. Die Ausbildung wird im Sinne von produktionsorientiertem Lernen sehr praxisnah aufgebaut und soll die individuellen Förderbedürfnisse der Jugendlichen berücksichtigen. Alle bestehenden einjährigen Berufsfachschulen werden zu Berufsfachschulen mit Vollausbildung ausgebaut.

#### **Die Fachschulen und Fachakademien**

Fachschulen und Fachakademien werden in ihren Unterrichtskonzeptionen und Abschlüssen den allgemeinen Erfordernissen einer inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Berufsausbildung angepasst und insbesondere neue Angebote zur ausbildungsbegleitenden Höherqualifizierung berücksichtigt.

#### **Doppelqualifizierende Ausbildungsmöglichkeiten**

Fachhochschulen und Betriebe haben fachliche Ressourcen die sie in eine Doppelqualifizierung gut einbringen könnten. Nur wenige Fachhochschulen bieten in Bayern eine Doppelqualifizierung im Bildungsgang an, weil Sie die Akquirierung von Betrieben für eine gleichzeitige duale Berufsausbildung nicht nebenher leisten können. Mit einem Schwerpunktprogramm Duale Berufsausbildung und Fachhochschule sollen die Voraussetzungen zu mehr Ausbildungsangeboten in Bayern geschaffen werden.

In fast allen Bundesländern gibt es den Zugang für beruflich Qualifizierte an die Hochschule, nur nicht in Bayern. Die Zulassungsvoraussetzungen für "beruflich Qualifizierte" zum fachgebundenen Hochschulstudium (z.B. nach 10 Jahre Berufserfahrung) müssen auch in Bayern angeboten werden.

### Das Berufsgymnasium

Zusammenführung der Fachoberschule und Berufsoberschule

Wegen der beruflichen Profilbildung bereitet das Berufsgymnasium besonders gut auf Studium oder Berufsausbildung im jeweiligen Profildbereich vor. Der Abschluss – allgemeine Hochschulreife - erlaubt allerdings auch eine Orientierung in eine andere Richtung. Der Besuch des Berufsgymnasiums mit dem Abschluss Abitur dauert in der Regel drei Jahre und endet mit der 13. Jahrgangsstufe (wie das studienorientierte Gymnasium).

Das Berufsgymnasium kennt keinen einheitlichen Unterbau. Alle Schüler kommen von anderen Schulen / Bildungsgängen. Voraussetzung für die Aufnahme in ein Berufsgymnasium ist der Sekundarabschluss (mittlere Reife) mit der Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Diese Voraussetzung erfüllen Schülerinnen und Schüler

- der Sekundarschule I mit Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe,
- der Gymnasien mit der Versetzung in die Jahrgangsstufe 11,
- aus den beruflichen Schulen nach dem qualifizierenden Berufsabschluss mit Aufnahme in Jahrgangsstufe 12 oder 13, je nach persönlichem und formalen Qualifizierungsprofil, z.B. mittlere Reife und Berufsabschluss in Klasse 12, Fachhochschulreife und Berufsabschluss in Klasse 13,
- in Ausnahmefällen auch ohne die o.g. Qualifikation, wenn dies wegen besonderer Umstände der Fall ist und die bisherige Laufbahn erwarten lässt, dass sie für den Besuch des Bildungsganges geeignet sind.

Mit der Abiturprüfung am Berufsgymnasium wird die allgemeine Hochschulreife erworben. Sie befähigt und berechtigt zum Studium an einer Hochschule. Im Berufsgymnasium sollen unter besonderen Voraussetzungen auch andere Abschlüsse erworben werden können. Das ist die Fachhochschulreife – auch nur der schulische Teil der Fachhochschulreife – und/oder ein Berufsabschluss mit anerkannter Abschlussprüfung.

Berufsgymnasien sollten schulorganisatorisch möglichst an Berufsschulen angegliedert sein um die gemeinsame Nutzung von vorhandenen Fachräumen oder Fachpersonal, herzustellen. Darüber hinaus erleichtert die schulorganisatorische Anbindung an die Berufsschule die Bereitstellung von Zusatzqualifikationen, wie z.B. ausbildungsbegleitender Fachhochschulreifeunterricht in Teilzeitform an der Berufsschule.

## Zusammenfassung

### **1. Jedes Kind möglichst früh, möglichst intensiv , möglichst individuell fördern**

Die bisherige auslesende Schule wird durch eine Schule mit individueller Förderung aller Schüler ersetzt.

### **2. Chancengleichheit für die Kinder aller bayerischen Regionen und sozialen Schichten**

Jedem Schüler werden unabhängig von Herkunft und sozialer Schicht die gleichen Chancen gewährt. Die persönliche Situation der Schüler wird durch Einführung von Schulsozialarbeit und weitere Maßnahmen berücksichtigt.

### **3. Den Schulen mehr pädagogische und organisatorische Selbstständigkeit geben**

Die Wege zum Erreichen der staatlichen Bildungsziele sind in erster Linie Sache der einzelnen Schule. Die Staatszuständigkeit für die Schulen wird im Wesentlichen auf Rahmensetzung und unterstützende Aufgaben beschränkt.

### **4. Auf den Anfang kommt es an**

Die Zeit vor der Regelschule ist Bildungszeit betrachtet. Kindertagesstätten sind Teil des Bildungssystems und mittelfristig kostenfrei.

### **5. Ein neues Lehrerleitbild entwickeln**

Die Kompetenzen der Lehrer nicht nur als "Wissensvermittler", sondern auch als "Lebensberater" werden ausgebaut.

### **6. Neue pädagogische Konzepte zusammen mit Eltern, Schüler und Schulträger erarbeiten und sichern**

Die Eltern und Schüler erhalten durch ein Mitbestimmungsgesetz echte Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Einführung neuer Konzepte und im Schulalltag. Die Kommunen werden finanziell entlastet.

### **7. Regionale Schulentwicklung**

Alle Schulen erarbeiten eigene Schulprofile unter Berücksichtigung regionaler und sozialer Strukturen.

### **8. Mit der Bildungsmilliarde mehr in Bayerns Zukunft investieren**

Die Bildungsinvestitionen des Freistaates werden deutlich erhöht. Eine schrittweise Angleichung an nationale und internationale Vorbilder ist das Ziel.

### **9. Lernen ein Leben lang**

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss. Schule wird mit Angeboten der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung vernetzt und koordiniert.

### **10. Bayerns Schulsystem offen, kindgerecht und leistungsfähig strukturieren**

Das zergliederte Schulsystem wird durch eine klare Struktur mit besseren Bildungschancen für alle Schüler abgelöst.